



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/11677, 19/12344

Mehr Chancen für Werkstattbeschäftigte IV: Bundesweite Reform des Budgets für Arbeit voranbringen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Budgets für Arbeit einzusetzen, um Zugangsbarrieren abzubauen, soziale Sicherheiten zu stärken und die praktische Nutzung des Instruments zu erleichtern.

Die Staatsregierung soll sich konkret dafür einsetzen, dass

- der Nachteilsausgleich in der Rente auch bei Übergängen erhalten bleibt,
- das Budget für Arbeit voll sozialversicherungspflichtig wird,
- bürokratische Hürden für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber verringert werden,
- Unterstützung bei der Mobilität vom/zum Arbeitsplatz als Teil des Budgets für Arbeit verankert wird,
- der Wechsel ins Budget für Arbeit schon vor Abschluss des Berufsbildungsbereichs möglich ist.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident